ius.focus

Zivilprozessrecht

Sozialer Untersuchungsgrundsatz entbindet nicht von Beweis- und Substanziierungslast

Art. 247 Abs. 2, Art. 243 Abs. 2 lit. f ZPO

Auch im Anwendungsbereich der sozialen Untersuchungsmaxime sind die Parteien nicht davon befreit, bei der Feststellung des wesentlichen Sachverhalts aktiv mitzuwirken und die allenfalls zu erhebenden Beweise zu bezeichnen. [97]

BGer 4A_432/2015 vom 8. Februar 2016

Der Inhaber eines Optikergeschäfts hatte bei seinem Kollektiv-Krankentaggeldversicherer eine volle Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit angemeldet. Hierauf hatte der Versicherer während 18 Monaten Krankentaggeldleistungen erbracht. Im Nachgang zu einer Observation des Versicherten, bei der sich herausgestellt hatte, dass dieser zumindest zeitweise arbeitstätig gewesen war, hatte der Versicherer die rückwirkende Aufhebung der Police erklärt und die bisher erbrachten Leistungen auf dem Betreibungsweg zurückgefordert.

Mit Klage beim Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich hatte der Versicherer beantragt, den Versicherten zur Rückzahlung der Krankentaggelder zu verpflichten und den vom Versicherten erhobenen Rechtsvorschlag vollumfänglich zu beseitigen.

Gegen das abweisende Urteil gelangte der Versicherer mit Beschwerde in Zivilsachen an das Bundesgericht. Er rügte eine Verletzung der Untersuchungsmaxime, des rechtlichen Gehörs und des Rechts auf Gegenbeweis, woraus sich eine willkürliche Würdigung der objektiv bestehenden Arbeitsunfähigkeit ergeben habe. Insbesondere führte er aus, er müsse nicht akzeptieren, dass auf Arbeitsunfähigkeitszeugnisse behandelnder Ärzte abgestellt werde, die ohne seine Mitwirkung eingeholt worden seien. Der Versicherer habe vielmehr Anspruch darauf, dass die attestierte Arbeitsunfähigkeit durch ein unabhängiges gerichtliches Gutachten abgeklärt werde.

Das Bundesgericht erwog, dass der Versicherer vorinstanzlich ein entsprechendes Gutachten nicht beantragt

habe. Auch im Anwendungsbereich der sozialen Untersuchungsmaxime obliege jedoch die Verantwortung für die Sachverhaltsermittlung den Parteien. Diese seien mithin insbesondere nicht davon befreit, die zu erhebenden Beweise zu bezeichnen. Das Gericht habe lediglich seine Fragepflicht auszuüben sowie die Parteien auf ihre Mitwirkungspflicht und die Notwendigkeit der Beibringung von Beweisen hinzuweisen. Zudem habe es sich über die Vollständigkeit der Behauptungen und Beweise zu versichern, falls diesbezüglich ernsthafte Zweifel bestünden.

All diese Grundsätze habe die Vorinstanz nicht verletzt, wenn sie gegenüber dem – anwaltlich vertretenen – Versicherer nicht von sich aus ein Gutachten über die Arbeitsunfähigkeit des Versicherten eingeholt habe.

Entsprechend wies das Bundesgericht die Beschwerde ab.

Kommentar

Der eingeschränkte Untersuchungsgrundsatz gemäss Art. 247 Abs. 2 ZPO ist vornehmlich sozialpolitisch begründet. Sinn und Zweck der Regelung ist es, die wirtschaftlich schwächere Partei zu schützen, die Gleichheit zwischen den Parteien herzustellen sowie das Verfahren zu beschleunigen (statt vieler BGer 4A_360/2015 vom 12. November 2015, E. 4.2).

Bei Vorliegen eines sozialen Ungleichgewichts zwischen den Prozessparteien gilt die Bestimmung jedoch gleichermaßen zugunsten der formal mächtigeren Partei, falls diese unbeholfen prozessiert (BSK ZPO-MAZAN, Art. 247 N 20).

Im besprochenen Entscheid hätte entsprechend grundsätzlich auch der Versicherer vom eingeschränkten Untersuchungsgrundsatz profitieren können. Das Bundesgericht bekräftigte aber seine Rechtsprechung, wonach selbst im Geltungsbereich des sozialen Untersuchungsgrundsatzes die Parteien die primäre Verantwortung für die Ermittlung des Sachverhalts tragen (BGer 4C_255/2005 vom 26. Oktober 2006, E. 3.4). Gerade bei anwaltlicher Vertretung ist die gerichtliche Mitwirkungspflicht auf eindeutige Fälle beschränkt (HAUCK, in: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger [Hrsg.], Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), 3. Aufl., Zürich 2016, Art. 247 N 35).

Dem vertretenen Versicherer hätte damit die Pflicht obliegen, dem Gericht einen entsprechenden Beweisantrag zu stellen. Da er dieser Pflicht unbestrittenermassen nicht nachgekommen war, ist dem Entscheid beizupflichten.

Florian Fuhrmann